

Die Klassendiktatur der Monopolbourgeoisie

Im Kapitalismus - Jugend ohne Perspektive

„Ich bin 17 Jahre und seit anderthalb Jahren arbeitslos. Habe mich .. zimal beworben - zuerst für eine Lehrstelle als Verkäuferin, dann für irgendwelche Jobs - putzen, Bandarbeit, auf dem Lager. Ich klappre alle Fabriken ab, suche in Zeitungen, höre bei Verwandten und Bekannten rum. Nichts habe ich ausgelassen, habe mich schriftlich und persönlich beworben. Niemand will mich haben. Das macht mich fertig, überall zu hören: du wirst nicht gebraucht. Zu schwach, zu jung, noch berufsschulpflichtig, keine Berufserfahrung. Wie soll ich Berufserfahrung bekommen, wenn ich nicht arbeiten darf?“ So Carmen Kays aus Braunschweig in ihrer Verzweiflung, in einem Brief an das in der BRD erscheinende Jugendmagazin „elan“.

Ihr Schicksal ist kein Einzelbeispiel in der kapitalistischen Welt. Hunderttausende, ja Millionen junger Menschen müssen ähnliche traurige Erfahrungen machen. Ihr Weg von der Schule führt nicht - wie erhofft - ins Berufsleben, sondern direkt ins Heer der Arbeitslosen. Nicht „erst“ mit 40, sondern schon mit 15, 16 Jahren überflüssig, altes Eisen!

Träume vom Leben? Carmen schreibt: „An eine Lehrstelle habe ich gedacht, Geld verdienen, abends Weggehen, 'nen Freund haben.“

Andere haben schon weitergesteckte Pläne, denken an die Gründung einer Familie. Aber wie? Wovon? Wie leben? Jugendliche Arbeitslose bekommen meist nicht einmal Arbeitslosengeld vom Staat, weil man meint, sie könnten von ihren Eltern unterstützt werden. So auch Carmen: „Ich habe kein Taschengeld, kein Geld, über das ich verfügen kann. Ich bin immer auf andere angewiesen.“

Träume vom Leben - sie müssen scheitern angesichts der kapitalistischen Realität.

Recht auf Arbeit bleibt im Kapitalismus Illusion

Das erste Menschenrecht, das Recht auf Arbeit - in diesem kapitalistischen Staat wird es nicht vertreten, dort wird es zertreten. Daran ändern auch solche Verpflichtungen nichts, wie sie beispielsweise die BRD als Unterzeichner der 1966 angenommenen „Internationalen Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ einging. Der Artikel 6 dieser Konvention lautet: „Die Teilnehmerstaaten... erkennen das Recht auf Arbeit an, das das Recht eines jeden einschließt, seinen Lebensunterhalt durch frei von ihm gewählte oder angenommene Arbeit zu verdienen. Sie werden geeignete Schritte unternehmen, um dieses Recht zu gewährleisten.“⁽¹⁾

Die weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems, die in den siebziger Jahren in besonderer Weise mit der zyklischen Krise verflochten ist, hat die Gebrechen des Kapitalismus in einem bisher kaum gekannten Umfang und Ausmaß für jeden sichtbar gemacht. Eines dieser Gebrechen ist die dem Ausbeutersystem wesenseigenen Perspektivlosigkeit der Jugend, die stets größere Ausmaße annimmt. Carmen Kays ist eine der 400000 Jugendlichen, die das heute in der BRD besonders hart zu spüren bekommen, und sie alle sind Teil des großen Arbeitslosenheeres, das gegenwärtig rund eine Million zählt. Sie alle sind Bürger eines Staates, der vorgibt, ein Rechtsstaat zu sein. Doch welche Rechte vertritt er?

Rechte allgemein zu proklamieren, das Blaue vom Himmel zu versprechen, nun, das gehört wohl zum guten Ton der bürgerlichen Demokratie.

Wie es um das Recht auf Arbeit in der BRD wirklich steht, dokumentiert das Arbeitslosenheer. Und Vertreter der Monopolbourgeoisie, wie beispielsweise der Chef des Bundes Deutscher Arbeitgeber und des Bundesverbandes der Industrie der BRD Schleyer, scheuen heute nicht mehr davor zurück, das Recht auf Arbeit als Illusion zu bezeichnen oder die Unvermeidlichkeit einer industriellen Reservearmee „theoretisch“ zu begründen.

Immer krasser offenbart der kapitalistische Alltag, wie berechtigt die Frage danach ist,